



# telegramm...telegramm...tele

## EIN SKANDAL - DIE ARBEITSLOSIGKEIT

1.351.000 Arbeitslose im Januar 1976.

Dazu 743.300 Kurzarbeiter.

Was sagte die SPD im Wahlkampf 1972:

"Jeder Deutsche soll wissen, was das bedeuten würde: Eine halbe Million Arbeitslose. Existenzangst, Radikalismus. Dazu darf es nicht kommen."

Aber seit Helmut Schmidt seine Regierungserklärung abgab, stieg die Zahl der Arbeitslosen unaufhaltsam:

Mai 1974	457.000
November 1974:	799.000
Januar 1975:	1.154.000
November 1975:	1.018.000
Dezember 1975:	1.223.000
Januar 1976:	1.351.000

Merke: Im Oktober 1976 ist wieder Bundestagswahl.

SPD/FDP sieht dieser Entwicklung seit Monaten zu, weil angeblich die schlechte wirtschaftliche Entwicklung im Ausland daran Schuld sei. Die Fehler der eigenen Wirtschaftspolitik verschweigt sie.

Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen ist der traurige Beweis einer falschen Wirtschafts- und Finanzpolitik unter SPD-Kanzler Schmidt, ausgetragen auf dem Rücken der Bürger.

Das macht die Union nicht mit. Die Union weiß, was Arbeitslosigkeit für die Arbeitnehmer und ihre Familien bedeutet. Deshalb handelt sie. Die Union hat ein Programm zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und zur Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit beschlossen. Nicht Steuererhöhungen und mehr Sozialabgaben, wie es die SPD/FDP-Regierung vor hat, sind der richtige Weg, sondern Steuererleichterungen für Betriebe, um die Wirtschaft anzukurbeln.

DIE UNION FORDERT DAHER:

- VERLUSTE DER LETZTEN BEIDEN JAHRE KÖNNEN STEUERLICH VERRECHNET WERDEN;
- DIE ABSCHREIBUNGSMÖGLICHKEITEN SIND ZU VERBESSERN;
- SCHULDZINSEN SOLLEN FÜR EINE BESTIMMTE ZEIT VON DER LOHN- UND EINKOMMENSTEUER ABZUSETZEN SEIN. DAS GILT AUCH FÜR RATENKÄUFE DER ARBEITNEHMER.

Diese Maßnahmen sind sofort möglich. Weitere Vorschläge sollen die Gewinne der Unternehmen mittelfristig verbessern. Mit solchen Maßnahmen werden die Unternehmen zu Investitionen angeregt, d.h. zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Arbeitslose finden wieder Arbeit.

Vorhandene Arbeitsplätze werden gesichert.

Die Einkommen der Arbeitnehmer sind nicht mehr gefährdet.

Der Bürger verliert die Angst vor einer unsicheren Zukunft.

Das Programm der CDU/CSU schafft Klarheit in der Wirtschaftspolitik und gibt Unternehmen und Arbeitnehmern wieder Vertrauen in die Zukunft.

Darum: C D U